

Die ersten Empfänge

Hugenberg bei Hindenburg

Berlin, 18. November. (E. N.)

Wie wir erfahren, haben die Besprechungen des Reichspräsidenten mit den Parteiführern heute vormittag begonnen, und zwar ist in der 12. Vormittagsstunde als erster Geheimrat Hugenberg empfangen worden. Die anderen Besprechungen, die für heute in Aussicht genommen waren, finden erst heute abend statt. Um 6 Uhr wird Prälat Kaas zum Reichspräsidenten gehen, und im Anschluß daran folgt Abgeordneter Dingeldey. Ueber den Inhalt dieser Unterredungen wird, wie es bereits gestern angekündigt wurde, an den amtlichen Stellen strengstes Stillschweigen bewahrt werden. In unterrichteten Kreisen erwartet man aber auch nicht bloß, daß sich heute schon irgendwelche positiven Resultate ergeben, oder auch nur Möglichkeiten, die einen Schluß auf den Ausgang der Aktion des Reichspräsidenten erlauben.

Das Wichtigste ist zunächst vielmehr die Frage, wie sich Hitler bei seinem morgigen Empfang einstellen wird.

ob er nämlich an seiner Forderung, ihm die Führung zu übertragen, festhält, oder ob er bereit ist, sich in den Kreis der Pläne des Reichspräsidenten einzugliedern.

Ausprache im Preußen-Landtag

Der Reichskommissar — Die Fürsorge-Lasten — Die Finanznot der Gemeinden

Am Donnerstag

Berlin, 18. November.

Wie das Nachrichtenbüro des VöD. meldet, ist jetzt die Tagesordnung für die nächste Sitzung des preussischen Landtags am nächsten Donnerstag veröffentlicht worden. Entgegen den ursprünglichen Dispositionen wird die Sitzung erst um 3 Uhr nachmittags beginnen. Nach Erledigung kleinerer Vorlagen sowie der Erledigung von Anträgen auf Umbenennung des sogenannten „Chicago-Ausschusses“

soll eine große politische Ausprache stattfinden

über 4 Abschnitte. Der erste Abschnitt unter dem Leitmotiv „Regierung der Reichskommissare in Preußen“ wird die Ausprache über die vom Ministerpräsidenten Brauns dem Parlament zugeleitete Entscheidung des Staatsgerichtshofs im Verfassungskonflikt gegen das Reich bringen, sowie im Zusammenhang damit die Erörterung von Anträgen über die Ungültigkeit von Verordnungen usw. des Reichskommissars, über die Pläne zur Verfassungs- und Reichsreform, über den Rücktritt der Reichskommissare und über die von den Sozialdemokraten verlangten Untersuchungsausschüsse wegen der Vorgehensweise der Einsetzung des Reichskommissars und wegen der Personalpolitik des Reichskommissars.

Der zweite Abschnitt „Finanznot der Gemeinden“ soll der Behandlung von Ausschußberichten und Anträgen über die Sissoaktion für die Gemeinden

die hierüber nicht Klarheit geschaffen ist, hat es nach Auffassung der Berliner politischen Kreise gar keinen Sinn, Vermutungen über den Ausgang der ganzen Verhandlungen anzustellen.

Die entscheidende Frage

cnb. Frankfurt a. M., 18. Nov.

Unter der Überschrift „Stürzt Papen endgültig?“ schreibt die Frankfurter Zeitung zu den gestrigen Ereignissen u. a.: „Alles konzentriert sich nun auf die Formel ob Herr Hitler auch diesmal darauf bestehen wird, daß ihm das Kanzleramt übertragen werden muß.“

Wenn die NSDAP an dieser Forderung festhält, dann bleiben die Aussichten für eine Einigung der Parteien überaus trübe, und dann ruht auch die Verlickerung sehr wenig, daß es der NSDAP, diesmal nur darauf ankomme, „ein altes und doch wenigstens entsprechendes Maß der Macht“ zu fordern, und somit ist eine Stunde von außerordentlicher Wichtigkeit gekommen. Entweder wird die alte oder eine ähnlich geartete Regierung als neues autoritäres Präsidialkabinett wiederkehren, und zwar mit verstärkten Vollmachten und ohne Aussicht auf eine Einigung mit dem Parlament, oder es gelingt die Einigung über ein Präsidialkabinett, das auf eine Unterstützung einer parlamentarischen Mehrheit in irgend einer Form rechnen kann. Nach welcher Richtung die Entscheidung fallen wird, läßt sich nicht voraussagen. Die Chancen stehen 50 : 50.

hat. Versagen sich die Parteien dem großen Gedanken einer wirklichen nationalen Konzentration, dann allerdings würde der Rücktritt Papens nur eine Episode bedeuten, nach der die „antiparlamentarische Regierung“ im Sinne des Herrenclubs für eine nicht abschbare Dauer stabilisiert werden würde. Unter Hinweis auf die durch ein solches Zwischenspiel „erwiesene“ Arbeitsunfähigkeit des Reichstages könnten die Führer der antiparlamentarischen Richtung sich dann auch über Bedenken hinwegsetzen, vor denen sie jetzt noch zurückgeschreckt sind. Dyl.

Warum Papen zurücktrat

Berlin, 18. November.

Ueber den Rücktritt der Regierung Papen ist gestern abend folgender amtlicher Bericht ausgegeben worden:

Der Reichskanzler erstattete heute dem Herrn Reichspräsidenten Bericht über das Ergebnis der Besprechungen, die er im Auftrage des Herrn Reichspräsidenten mit den Parteiführern zur Erzielung einer möglichst breiten nationalen Konzentration gepflogen hat. Während die Deutschnationalen Volkspartei, die Deutsche Volkspartei und die Bayerische Volkspartei auf dem Standpunkt stehen, daß sie jede solche Konzentration begrüßen, welche die Arbeit der Reichsregierung zu erleichtern in der Lage sein würde, hat der Führer der Zentrums-Partei der Ansicht Ausdruck gegeben, daß ihm Vollmacht und Zusammenziehung des gegenwärtigen Kabinetts nicht geeignet erscheine, den Zusammenbruch dieser Kräfte sicherzustellen. Die SPD hat den Wunsch des Kanzlers zu einer Unterhaltung über die Mitarbeit in einer nationalen Notgemeinschaft scharf abgelehnt. Die NSDAP hat mitgeteilt, daß sie nur unter gewissen Vorbedingungen zu schriftlichen Verhandlungen bereit sei, wobei sie es von vornherein ablehnt, das von der Reichsregierung in Angriff genommene politische und wirtschaftliche Programm zu unterstützen.

In dieser Lage glaubt die Reichsregierung, die unter Einfluß aller ihrer Kräfte versucht hat, den ihr vom Herrn Reichspräsidenten am 1. Juni erteilten Auftrag auszuführen, im besten vaterländischen Interesse zu handeln, wenn sie heute ihr Amt in die Hände des Herrn Reichspräsidenten zurücklegt. Sie handelt dabei — ohne den Grundsatze autoritärer Staatsführung preiszugeben — nach dem von ihr schon vielfach ausgesprochenen Prinzip,

daß Rücktritte auf Personen in dieser so ernstlichen Stunde keinen Raum haben können.

Se wünscht, dem Herrn Reichspräsidenten den Weg völlig freizumachen, damit er als der Führer der Nation und gestützt auf die hohe Autorität seines Amtes die Zusammenfassung aller wahrhaft nationalen Kräfte herbeiführen könne, die allein den Weg der deutschen Zukunft sichern kann.

Der Herr Reichspräsident nahm die Demission der Reichsregierung entgegen und beauftragte das Kabinett mit der Weiterführung der Geschäfte.

Die Deutschnationalen für „antiparlamentarische Staatsführung“

cnb. Berlin, 18. November. (E. N.)

Von deutschnationaler Seite geht der Presse zu den Ereignissen des 17. November eine Stellungnahme zu, in der es heißt:

Das Angebot der Gesamtdemission des Kabinetts war nicht erforderlich. Es handelte sich um die Schaffung eines einheitlichen Wirtschaftsprogramms und die zu seiner Durchsetzung notwendigen im Rahmen des Kabinetts losbaren Personalmaßnahmen. Das schwere Geschäft der Gesamtdemission brauchte zu diesem Zweck um so weniger aufgeföhrt werden, als die gegen eine antiparlamentarische Staatsführung lebenden Kräfte nur in der Vereinigung einig sind. Wir stehen in dem Feldmarschall v. Hindenburg den Garantien dafür, daß der gegen den verfallenen Druck und den Weimarer Mehrheitswahn beschrittene Weg über alle Kabinettsstadien hinweg zum Siege führt.

Voraussetzungsweise, daß auch Hugenberg umlernen kann. Bei der Reichspräsidentenwahl im Frühjahr hat er in Hindenburg nicht diesen Garantien gesehen...

Heranziehung der Sozialdemokraten?

München, 18. November.

Ueber die Stellungnahme der Bayerischen Volkspartei zur Frage der nationalen Konzentration orientiert ein parteiamtlicher Artikel im offiziellen Organ der Bayerischen Volkspartei. Dort heißt es u. a., daß die Partei den Wunsch des Reichspräsidenten bejahe, zu einer Konzentration aller arbeitsfähigen und arbeitswilligen politischen Kräfte der Nation zu kommen aus vollster Ueberzeugung. Die Bayerische Volkspartei lege den größten Wert darauf, daß bei diesen Verhandlungen unter allen Umständen beachtet werde, daß der Verhandlungsführer eine präsidiale Aufgabe zu erfüllen habe. So werde es vor allem nicht Sache der Parteien, sondern Aufgabe der präsidialen Seite sein, die Personen zu nennen, die für eine neue Regierung in Frage kommen sollen. Die Bayerische Volkspartei werde daran festhalten, daß in eine wirkliche nationale Konzentration auch die Sozialdemokratische Partei eingeschlossen werden müsse.

SPD-Reichstagsfraktion tagt

VöD. Berlin, 18. November.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hielt am Freitagvormittag nochmals eine Sitzung ab, um zu der gestern Abend entstandenen politischen Lage Stellung zu nehmen. Beschlüsse dazu wurden nicht gefaßt. Dagegen wurde beschlossen, im Reichstags Anträge auf Aufhebung der Notverordnungen vom Juni über Maßnahmen zur Arbeitslosenhilfe und der vom 4. und 5. September über die Verlegung der Wirtschaft einzubringen. Weiter hat die Fraktion gegen die Verschleppung des von ihr eingebrachten Volksbegehrens auf Aufhebung des sozialpolitischen Teiles der Notverordnung vom 4. September protestiert.

Röwenidiade in Köln

Geisteskranker versucht, den Regierungspräsidenten zu verhaften.

cnb. Köln, 18. November. (E. N.) Der geisteskranke frühere Kriminalbeamte Tondrestin versuchte am Freitagabend den Regierungspräsidenten Cronau zu verhaften. Er ließ sich in der Privatwohnung des

Regierungspräsidenten melden, erklärte, er sei der Vizepräsident und drang in das Zimmer Cronaus ein. Dort erklärte er dem Regierungspräsidenten, der am Kaffeetisch saß: „Ich habe den Auftrag, Sie zu verhaften.“ Er behauptete, der Regierungspräsident habe Spritgeschmuggeln begangen.

Als Tondrestin merkte, daß der Regierungspräsident inzwischen einen Beamten herangerufen hatte, entriß er plötzlich die Flucht und versuchte, über die Türe zu entkommen. Er wurde jedoch schon auf dem Boden des Hauses festgenommen.

Tagung des Reichsrats

Der Reichsrat ist jetzt zu seiner nächsten Voll-sitzung für Freitag nachmittags einberufen worden. Auf der Tagesordnung steht u. a. die Beschlußfassung über die von Bayern in der Sitzung der vereinigten Ausschüsse vom 12. November 1932 beantragte Entschlieung. In Kreisen der preussischen Staatsregierung wird hierzu bemerkt, daß diese Formulierung der Tagesordnung zu einem Mißverständnis führen könnte. Die vereinigten Ausschüsse hätten einen bayerischen Antrag geäußert und zu ihrem eigenen Beschluß erhoben. Dieser Beschluß der vereinigten Ausschüsse solle in der Vollziehung des Reichsrats angenommen werden; es handelt sich dabei um die bereits gemeldete Entschlieung, die auf die Verhältnisse zwischen Reich und Preußen und auf die Frage der Reichsreform Bezug nimmt. Die Tagesordnung des Reichsrats enthält im übrigen lediglich kleinere Vorlagen.

Nazi-Opposition formiert sich

Am 19. und 20. November wird in Hannover eine Zusammenkunft aller der politischen Gruppen stattfinden, die sich von der NSDAP abgespaltet haben. Es handelt sich hier meist um die radikalere, teils revolutionäre Opposition in der nationalsozialistischen Bewegung. Organisator der Zusammenkunft ist die Deutsch-Sozialistische Arbeiterpartei, die in ihrem Organ „Der deutsche Weg“ schon seit einiger Zeit auf eine Sammlung dieser verstreuten Gruppen hinarbeitet. In Hannover will man sich nunmehr offenbar als offizielle Opposition der nationalsozialistischen Bewegung etablieren und die programmatischen Forderungen und tatsächlichen Richtlinien einer einheitlichen, kämpfbereiten, neuen Front für das ganze Reichgebiet festlegen. Praktisch heißt das also, hier ist eine neue Partei im Werden, die sich berufen fühlt, die Front des deutschen Parteiwesens nach rechts hin zu verlagern. Wie weit ihr das gelingt, wird die Zukunft lehren.

bringen, während der dritte Abschnitt Ausschußbeschlüsse und Anträge zum Kapitel „Arbeitslosen- und Wohlfahrtsunterstützungen“ vorkommt. Schließlich wird als vierter Abschnitt der allgemeinen politischen Ausprache ein kommunistischer Antrag über die Strafverfahren behandelt werden, die anlässlich des Berliner Verkehrstreiks in Gang gekommen sind.

Die das Nachrichtenbüro des VöD. weiter meldet, ist einstweilen ein zweitägiger Sitzungsabschnitt in der nächsten Woche vorgesehen. Es verlaute, daß inzwischen die Verhandlungen zwischen Nationalsozialisten und Zentrum wieder aufgenommen werden. Sollten diese Verhandlungen schon bis zur nächsten Woche zu einem Erfolge führen, dann könnte man mit einer Umänderung der Tagesordnung unter Aufhebung der Wahl des Ministerpräsidenten rechnen.

Hindenburgs neuer Erlaß

Berlin, 18. November.

Der neue Erlaß zur Regelung der Gewaltenteilung in Preußen, den der Reichspräsident auf Grund des Artikels 48 der Verfassung erlassen hat, betrifft folgende zehn besonders strittige Punkte: die Frage der Zeichnungsbefugnis des Erlasses von Notverordnungen, der Zustimmung zu Haushaltsüberschreitungen, der Beschaffung von Geldmitteln im Wege des Kredits, den Verkehr mit den Reichsbehörden, das Begräbnisrecht, die Teilung der Amtsräume und der Dienstwohnungen, die Teilnahme an den Parlements-sitzungen und die Unterrichtung der alten Regierung über die laufenden Angelegenheiten.

Serriols Kammerjagd

Paris, 18. November.

Die Kammer hat gestern in ihrer Nachsitzung über die Annahme der radikalsozialistischen Tagesordnung von Francois Albert-Léon Blum, die von der Regierung als Vertrauensstagesordnung akzeptiert worden war, mit 370 gegen 190 Stimmen eine von der Regierung abgelehnte Tagesordnung Join-Lambert zurückgegriffen.

In der Debatte der Nachsitzung hatte Landwirtschaftsminister Garben erklärt, die Regierung werde in einigen Tagen den Gesetzentwurf zur Schaffung der in der Vertrauensstagesordnung verlangten Getreidestelle unter der Kontrolle des Landwirtschaftsministeriums einbringen. Außerdem soll eine Nachrichtenstelle geschaffen werden, um gegen die Spekulation anzukämpfen.

Hitlers Chauffeure vor Gericht

München, 17. November.

Das Schnellgericht verurteilte wegen gemeinschaftlich verübten Waffennutzes die Angeklagten Johann Eckstein, Franz Schädlers und August Köper zu je vier Monaten Gefängnis. Der Angeklagte Adolf Dürr wurde wegen Waffennutzes und gefährlicher Körperverletzung zu zehn Monaten Gefängnis verurteilt.

Die Verurteilten, Chauffeur Adolf Hitlers, haben am 17. Juli d. J. bei der Fahrt durch die mittelfränkische Ortschaft Forth eine Gruppe von Personen mit Hundepettischen bedroht und auch geschlagen. Aus einem der Wagen war auch ein Pistolenfuß abgegeben worden. Die Polizei beschlagnahmte vor Beginn in dem einen Wagen drei Hundepettischen und zwei Totschläger. Die Angeklagten gaben an, in Notwehr gehandelt zu haben, da sie mit Steinen beworfen worden seien und einen Angriff befürchteten hätten. Die Zeugenaussagen ergaben jedoch, daß das Verhalten der Ors-sinwohner nicht als aggressiv bezeichnet werden konnte.

Wetterbericht der Dresdner Wetterwarte

Witterungsaussichten. Südöstliche Winde im Verlauf des Tages rechtstodrend nach Süd. Vorwiegend wolkenlos bis heiter, späterhin Bewölkungszunahme möglich. Nachtsrost, Tagestemperaturen etwas über Null.